



Die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für die Kommunalwahl 2024

Kontaktpersonen:

Mark Gutwinski, [mark.gutwinski@gmx.de](mailto:mark.gutwinski@gmx.de); Monika Medinger-Vees, [monimvees@gmail.com](mailto:monimvees@gmail.com);

Jörg Schulze, [joerg@schulze.de](mailto:joerg@schulze.de); Anette Blauhorn, [anette-blauhorn@t-online.de](mailto:anette-blauhorn@t-online.de);

Andreas Herfurth, [herfurth.winnenden@t-online.de](mailto:herfurth.winnenden@t-online.de);

[www.spd-winnenden.de](http://www.spd-winnenden.de); [www.facebook.com / spd-winnenden](https://www.facebook.com/spd-winnenden)

## **Kommunalwahl 2024**

- Mit Phantasie, Mut und Zuversicht die Herausforderungen annehmen
- Nicht gegeneinander, sondern miteinander für das Beste der Stadt
- Starke Schultern tragen größere Lasten als schwache

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Winnenden,

Die Zukunft von Winnenden wird im Zusammenspiel zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Ihnen als Bürger und Bürgerin entschieden.

Ein jeder von uns ist Teil der Stadtgesellschaft von Winnenden. Ein jeder leistet mit seinem Tun und seinem Nicht-Tun einen Beitrag. Wie wir als Stadtgesellschaft miteinander umgehen, liegt an uns allen.

Die aktuelle Gegenwart ist geprägt von Kriegen, Krisen und kein Geld. Sie ist leider auch geprägt von Fake-news, Überforderung und Nicht-Vertrauen.

Unser Angebot ist: Es ist immer gut miteinander zu reden, die unterschiedlichen Standpunkte zu diskutieren und dann sind auch gegebenenfalls diese unterschiedlichen Meinungen auszuhalten.

Unser Anspruch ist: Wir haben gute Ideen. Unabhängig davon, wir freuen uns über bessere Ideen. Die anstehende Kommunalwahl sehen wir als Chance, weitere, interessante Ideen im Gespräch mit Ihnen zu entwickeln.

Bei der Erarbeitung unserer Ideen haben wir uns von folgenden Fragen leiten lassen:

- Welche langfristigen Herausforderungen sehen wir?
- Wie soll Winnenden in 10 Jahren, also 2034, sein?

### **Die Herausforderungen sind:**

-Wir liegen mittendrin in einer Industrieregion. Die Region ist stark geprägt von der Automobilbranche. Die Automobilbranche durchläuft weltweit gegenwärtig einen dramatischen Wandel durch den politisch gewollten Kursschwenk Hin zum E-Auto.

Es ist absolut noch nicht ausgemacht, dass die deutsche Autoindustrie als Mit Gewinnerin dieses Prozesses dastehen wird. Um den Wohlstand in unserer Region zu sichern, ist eine starke Wirtschaft notwendig.

-Eine starke Wirtschaft braucht eine sichere, vom Ausland weitestgehend autarke, eine international wettbewerbsfähige Energieversorgung. Die zukünftige Energieversorgung sehen wir in regenerativen Energien. Der Ausbau der regenerativen Energien ist auch notwendig im Hinblick auf geforderte Klimaneutralität. Der weitere Ausbau muss sozialverträglich erfolgen.

-Der heute schon bestehende Fachkräftemangel sorgt für Versorgungslücken, diese werden zunehmen. Der Bedarf wird zunehmen u.a. bei Ärzten, ErzieherInnen, HandwerkerInnen, LehrerInnen, Krankenschwester, PflegerInnen, Schwimmermeister. Mit KI kann keine Einrichtungen betrieben werden. Ohne Menschen werden die entsprechenden Einrichtungen nicht unterhalten werden können.

-Menschen wandern dahin, wo sie Arbeit finden und bleiben da, wo sie dann auch ein Zuhause bekommen. Wir brauchen ein Mehr an verfügbaren Wohnraum.

### **Winnenden 2034:**

Manche der heutigen Probleme werden gelöst sein. Die Herausforderungen werden aber nicht weniger sein. Es ist wichtig, den Weg in Richtung dialogorientierte, engagierte und Innovationen offenstehende Stadtgesellschaft zu gehen. Die Verwaltung ist für die Bürgerinnen da und nicht umgekehrt.

Öffentliches Geld ist knapp. Das wird in 10 Jahren nicht anders sein. Es gilt, strategisch zu denken und dabei dann auch klare Prioritäten zu setzen. Es gilt



weiter, die Möglichkeiten auszuloten, inwieweit privates Geld und ehrenamtliches Engagement verstärkt mobilisiert werden kann.

Allen Akteuren sollte ein Anliegen sein, ein gutes Zusammenwirken von Verwaltungsarbeit und Ehrenamt zu haben.

Viele, zu viele Menschen kämpfen mit der Bewältigung ihres Alltags. Die Politik kann und wird auch in Zukunft nicht alle Sorgen abnehmen. Das Bewusstsein für Mitverantwortlichkeit und Eigeninitiative bleibt notwendig und ist weiter zu stärken.

Wir, die KandidatInnen der SPD, sehen unsere Verantwortung, den Schwächeren in der Stadtgesellschaft eine zweite oder dritte und sogar vierte Chance zu ermöglichen. Unser Leitsatz hierfür ist: Starke Schultern tragen größere Lasten, schwache Schultern weniger. Sie sind zu stärken, dass sie irgendwann einmal wieder mehr tragen können.

**Wir haben Ideen für Winnenden in folgenden Bereichen entwickelt:**

- Solide Finanzen
- Stadt der Solidarität: Zusammenhalt in unserer Gemeinschaft
- Bürgerfreundliche, effiziente und digitalisierte Verwaltung
- Menschen mit Handicap unterstützen und Abbau von Barrieren
- Ehrenamtliches Engagement weiter fördern
- Gute Bildung
- Moderne, barrierefreie VHS
- Ausreichend bezahlbarer Wohnraum
- Erlebbar attraktive Innenstadt
- Freie Begegnungsmöglichkeiten, indoor und Outdoor
- Nachhaltiger Mix und ruhender Verkehr
- Anpassung an den Klimawandel
- Klimaneutrale Stadtverwaltung und klimaneutrales Winnenden
- Stadtentwicklung

## **Solide Finanzen**

**Keine roten Zahlen im Haushalt - Baugebietsplanung und Bauvorhaben zeitlich besser abstimmen - Ausreichende Finanzierung neuer kommunaler Aufgaben durch Bund und Land - Einsparungen durch eine kostengünstigere Verwaltung.**

Die Finanzsituation von Winnenden ist schwierig. Geld für alle notwendigen und wünschenswerten Investitionen ist nicht mehr vorhanden.

Unsere Meinung:

- Solides Wirtschaftet bedeutet, dass im Ergebnishaushalt zumindest eine schwarze Null erzielt wird.
- Es muss eine Priorisierung der Vorhaben vorgenommen werden.
- Die Erschließung der geplanten Baugebiete muss schrittweise erfolgen
- Bund / Land müssen für ausreichende Mittel sorgen, wenn Aufgaben an die Kommunen delegiert werden. Wenn dieser Forderung nicht entsprochen wird, dann ist Druck aufzubauen.
- Die Verwaltung muss kostengünstiger arbeiten können. Das bedeutet ein Mehr an digitalen Abläufen, ein Schneller-Werden der Entscheidungsprozesse durch Abbau von Vorschriften ( Entbürokratisierung) und möglicherweise Verschlankung der Verwaltungsorganisation.

Was haben wir in der Vergangenheit dafür getan?

- Tolle Entwürfe von Projekten begeistern immer. Wenn es dann zur Frage kommt, was kostet das eigentlich, kommt die Ernüchterung. Wir fordern seit Jahren, bereits bei der Planungerstellung auch Kostenüberlegungen vorzulegen. Erstmals ist das gelungen bei dem Projekt Erweiterung Körnle mit Planen + Bauen. Das Projekt steht bei ca. 24 Mio. Es entstehen 50 städtische Wohnungen und ein 4-gruppiger Kindergarten.
- Unsichere Zeiten benötigen eine klare Datenbasis. Welche Notwendigkeiten wir hier sehen ist in der letzten Haushaltsrede sehr deutlich dargelegt.

## **Stadt der Solidarität: Zusammenhalt in unserer Gemeinschaft**

### **Stadt der Solidarität: Zusammenhalt in unserer Gemeinschaft**

#### **1. Armut bekämpfen:**

**Transparente Analyse der Ursachen verborgener Armut - Förderung von kostenlosen Bildungsprogrammen zur Armutsprävention - Aufbau lokaler Netzwerke für sozialen Zusammenhalt - Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen beim Tafelladen in Winnenden**

#### **2. Verantwortung für alle BürgerInnen**

**Aktives Anmieten leerstehender Wohnungen nach dem Karlsruher Modell - Platz für Entfaltung und Gemeinschaft für junge Menschen in Winnenden - Dezentrale Verteilung von Flüchtlingsunterkünften für gleichmäßige Belastung**

#### **3. Vereinsamung entgegenwirken:**

**Unterstützung von Mehrgenerationenhäusern und Pflegewohngemeinschaften - Einführung von Quartiermanager\*innen zur Stärkung der Gemeinschaft**

In Winnenden leben Menschen aus über 70 Nationen. Sie haben hier ihre Arbeit und / oder Wohnung gefunden oder sind als Asylsuchende in Winnenden zugeteilt worden. Es gibt bedingt durch den demographischen Wandel viele ältere Menschen, die sich einsam fühlen.

In Winnenden besteht eine stille Herausforderung in Form von verborgener Armut. Hinter den idyllischen Kulissen und dem scheinbaren Wohlstand der Stadt verbergen sich Menschen, die mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Diese unsichtbare Armut manifestiert sich in verschiedenen Lebensbereichen, angefangen bei eingeschränktem Zugang zu Bildung, günstiger Wohnraum und Gesundheitsversorgung bis hin zu den täglichen Herausforderungen der finanziellen Stabilität. Die Notwendigkeit, auf diese verborgene Armut aufmerksam zu machen und geeignete Unterstützungsmaßnahmen zu entwickeln, wird immer dringlicher, um eine inklusive und unterstützende Gemeinschaft in Winnenden zu fördern.

Wie begegnen wir Armut?

- Forderung nach einer transparenten und umfassenden Analyse der Ursachen und Ausmaße der verborgenen Armut in Winnenden, um gezielte Maßnahmen entwickeln zu können
- Förderung von Bildungsprogrammen, die darauf abzielen, den Kreislauf der Armut zu durchbrechen. Hierzu gehören beispielsweise und kostenlose Betreuungsmöglichkeiten und kostenlose Nachhilfe- sowie Bildungsprogramme für armutsgefährdeten Familien.
- Aufbau von lokalen Netzwerken und Gemeinschaftsinitiativen, um den sozialen Zusammenhalt in Winnenden zu stärken und eine unterstützende Umgebung für Menschen in prekären finanziellen Verhältnissen zu schaffen.

Wie begegnen wir Vereinsamung?

- Wir unterstützen Aktivitäten für Mehrgenerationenhaus, für Pflegewohngemeinschaften, für Quartiersräume
- Wir denken an QuartiermangerInnen

Der Tafelladen in Winnenden boomt. Die räumlichen und personellen Kapazitäten sind ausgereizt. Der Tafelladen sucht nach größeren Räumlichkeiten. Das gestaltet sich schwierig.

In Winnenden leben - Stand 17.10.23 - 765 Flüchtlinge. Davon kommen 595 aus der Ukraine. Russland hat die Ukraine angegriffen, was zu einem anhaltenden Kriegszustand geführt hat. Die Auswirkungen dieses Konflikts erstrecken sich indirekt auch auf Europa und Deutschland. Der deutsche Kriegsbeitrag ist u.a. auch die Aufnahme der ukrainischen Flüchtlinge. Der Krieg wird irgendwann – wir beten und hoffen schon morgen - für die Ukraine positiv ausgehen. Wenn das so kommt, dann werden die ukrainischen Flüchtlingen größtenteils zurückkehren und ihr Land wieder aufbauen. So geschehen auch in den 90er Jahren bei den Jugoslawienkriege.

Wie kommen wir durch diese Situation?

- Niemand freut sich über ein Flüchtlingsheim vor seiner Haustür. Deswegen setzen wir uns ein für eine dezentrale Verteilung soweit möglich und damit für eine gleichmäßige Belastung aller Stadtteile.
- Es sind Menschen gekommen. Menschen, die viel Leid erfahren haben. Wir begegnen Ihnen mit Respekt. Wir erwarten und ermöglichen Teilnahme in der Stadtgesellschaft



-Wir begrüßen das alldienstägliche Friedensgebet und das vielfältige ehrenamtliche Engagement bei der Unterstützung von Flüchtlingen

Was sagte die SPD Fraktion?

-Wir sind verantwortlich für die Menschen, die in Winnenden leben. Egal woher sie kommen und warum. Sie sind da.

-Es war richtig gut, dass das Land die Finanzierung der Stellen von IntegrationsmangerInnen übernommen hat.

-Die Stadt mietet Wohnungen von Privat an und vermietet diese Wohnung dann weiter. Die Stadt trägt das Mietrisiko. Die Stadt sorgt für ordentliche MieterInnen. Die SPD Fraktion hat das durchgesetzt. Das Anmieten von leerstehenden Wohnungen / Häuser sollte nach dem Karlsruher Modell aktiver erfolgen.

## **Effiziente, bürgerfreundliche und digitalisierte Verwaltung**

**Zeitnahe und bürgernahe Entscheidungsabläufe - Unbürokratische und verantwortungsvolle Verwaltungsabläufe - Unterstützung von BürgerInnen in Verwaltungsangelegenheiten - Effizientere Verfahren durch Digitalisierung.**

Die Verwaltung hat Samstagmorgens immer noch nicht geöffnet. Das brauchen wir auch nicht mehr. Der Trend geht in Richtung 7/24 Öffnungszeiten via Internet.

Bürgerfreundlichkeit bedeutet für uns nicht, dass das Anliegen von BürgerInnen positiv beschieden wird, sondern dass das Anliegen zeitnah bearbeitet wird. Das bedeutet: Es darf erwartet werden, dass der Eingang des Anliegens zeitnah bestätigt wird. Es darf weiter erwartet werden, dass in diesem Bestätigungsmail ein geplanter Erledigungstermin angegeben wird.

Es gibt leider immer wieder in den verschiedensten Bereichen Klagen über mangelnden Service und zu lange Bearbeitungszeiten.

Unsere Verbesserungsvorschläge sind:

- Einrichtung Beschwerdemanagement
- Ausbau E-service



Das ist unserer Wahrnehmung nach bislang noch ein Trauerspiel. Die Länder kommen nicht voran. Die Beibringung von Musterabläufen von den Musterstädten funktioniert nicht. Andere Länder, selbst das so gescholtene Griechenland, sind bei der Digitalisierung anscheinend weiter.

- Größerer Ermessungsspielraum der Verantwortlichen mittels Budgetvorgaben
- Arbeitsanweisung über Bearbeitungszeiten

Es gibt viele Stimmen, die den längst notwendigen Bürokratieabbau anmahnen. Bürokratieabbau bedeutet, Einsparung von Kosten und Zeit, Verringerung von Ärger. So hart wie es klingt: Eine Bürokratie macht sich freiwillig nicht überflüssig. Es gibt bislang in der öffentlichen Verwaltung noch kein System, wie in der freien Wirtschaft, dass der, der ineffizient arbeitet aus dem Markt ausscheidet. Eine Bewertung der Leistung via Internet ist für uns keine Lösung.

Wir wollen Bürokratieabbau. Wir freuen uns über Vorschläge seitens der Verwaltung. Wir freuen uns auch über Vorschläge von Ihnen, den Bürgerinnen und Bürger. Bitte Folgendes beachten: Immer dann, wenn Ungemach droht, beginnt der Ruf nach Regulierung groß zu werden. Und immer dann, wenn was nicht reguliert war und dann was passiert, ist der Aufschrei nicht zu überhören: Warum hat man nicht! Bürokratieabbau bedeutet weniger Regeln und Vorschriften und impliziert damit mehr eigene Verantwortungsübernahme.

## **Menschen mit Handicap unterstützen und Abbau von Barrieren**

**Uneingeschränkte, barrierefreie Möglichkeit der Teilhabe über Generationen hinweg im öffentlichen Raum - Rückbau von Barrieren im öffentlichen Raum - Genügend barrierefreie, öffentliche WC`s in der Innenstadt, Stichwort „Toilette für Alle“ - Ausreichend barrierefreie Wohnungen - Mehr ausgewiesene Parkplätze in der Innenstadt für Menschen mit vorübergehender körperlicher Einschränkung**

Inklusion ist in Deutschland ein gesellschaftliches und politisches Ziel. Daher steht seit 1994 in unserem Grundgesetz: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“.

Aufgrund Paulinenpflege und ZfP sind wir in Winnenden mit dem Umgehen von Handicaps sehr vertraut. Die Anzahl der Menschen mit Handicap nimmt zu.



Gründe hierfür sind u.a.: Älterwerden der Gesellschaft, Nicht-Mehr-Mitkommen beim technischen Fortschritt.

Wir wollen

- Menschen mit Handicap brauchen besonders Gemeinschaften, in denen sie auf gleicher Augenhöhe unterwegs sind. Wir fördern Projekte, die solches beinhalten.
- Menschen mit Handicap brauchen die Möglichkeit der Teilhabe im öffentlichen Raum. Das bedeutet barrierefreier Zugang und barrierefreie WCs, wo immer auch darstellbar.
- Barrierefreies, öffentliches WC in der Innenstadt

Was haben wir bislang getan?

- Wir haben aktiv die gehwegfreundliche Marktrasse gefordert. Der weitere Ausbau ist angesichts knapper Mittel derzeit nicht umsetzbar.

## **Ehrenamtliches Engagement weiter fördern**

### **Austauschformate auf Augenhöhe zwischen Ehrenamt und Verwaltung - Mehr Anerkennungskultur fürs Ehrenamt - Ehrenamt vernetzen**

Ehrenamt ist der Kitt unserer Stadtgesellschaft. Es findet in Winnenden in sehr vielfältiger Weise statt. Es gibt naturgemäß einen Spannungsbogen zwischen Hauptberuflichen Akteuren und Ehrenamtlichen Aktiven. Frust und Enttäuschung kommen dann auf, wenn die EhrenämtlerInnen nicht auf gleicher Augenhöhe agieren dürfen.

Wir können uns vorstellen

- Weitere Vereine, bspw in der Nachbarschaftshilfe, im Energiebereich
- Mehr Austausch-Formate / Verbesserung der Vernetzung
- Ansprechpartner für Ehrenämtler und Obman-Anlaufstelle
- Verbesserung der Anerkennungskultur.

Ein Ehrenamtstag ist schön und gut. Das ist u.E. nicht ausreichend. Die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Winnenden bekommen u.a.

Vergünstigungen bei Wunnebad und Theater. Dies können wir uns auch für weitere ehrenamtlich Tätige vorstellen. Unser Vorschlag ist, dass Vereinen je



nach Vereinsgröße ein bestimmtes Kontingent an Freikarten zur Verfügung gestellt wird.

--Unterstützung für EhrenämterInnen bei Rechts- und Steuerfragen

Was hat die SPD Fraktion bislang getan?

-Ein jeder Verein ist wichtig für ein gutes Miteinander. Die Vereine erhalten nicht unerhebliche Zuschüsse für Jugendarbeit, Hallenbenutzung und Investitionen. Das ist gut so.

-Die Weltenbummler haben die Alte Kelter in Höfen für 1.- € von der Stadt übernommen. Wir haben damals gefordert, dass die anderen Teilorten, wenn sich die Möglichkeit ergibt, diese Chance auch erhalten. So ist dann in Breuningsweiler der Verein Bürgerhaus Altes Rathaus entstanden, in Baach nach 2 jähriger Planungsphase die Baacher Dorfgemeinschaft, in Bürg der BürgVerein.

-In Schelmenholz haben wir einen Quartierraum im Erweiterungsgebiet Körnle gefordert. Ergebnis der Diskussion ist eine 10 jährige Anmietung eines multifunktionalen Raumes von der Stuttgarter Wohngesellschaft und die Gründung des Schelmenholzer Kulturvereins.

## **Gute Bildung**

**Wohlstand sichern durch gute Bildung - Jeder Schulabbrecher ist einer zu viel  
- LehrerInnen Rücken frei machen für ihre pädagogische Aufgabe**

Unser Bildungssystem ist nicht mehr so durchlässig. Kinder aus bildungsfernen Familien haben es schwer. Das Aufbrechen der Spirale „Eltern beziehen Bürgergeld dann beziehen auch die Kinder später Bürgergeld “ sollten Kindergarten und Schule leisten.

Kindergärten und Schulen sind Lebensräume. Frühkindliche Bildung prägt für das ganze spätere Leben. Kindergärten und Schulen müssen gut ausgestattet sein.

Wir treten ein für

-Ausreichende Schulräume mit ordentlicher Ausstattung

-Die Hauptaufgabe von ErzieherInnen und LehrerInnen ist der pädagogische Auftrag. Das beinhaltet Wissensvermittlung und auch das Erlernen von sozialen

Kompetenzen. Unterstützung durch Schulsozialarbeit ist notwendig. Abnehmen weiterer Aufgaben durch Assistenz und Experten ist wünschenswert.

-Familienberatung, SchülerInnenpatenschaften, Vorlesepaten usw.

-Gebührenfreier Besuch von Kindergarten.

Solange dem nicht so ist, fordern wir die Staffelung der Gebühren nicht nur nach Anzahl der Kinder, sondern nach Einkommenshöhe. Das Argument der Verwaltung ist bislang, der Verwaltungsaufwand wäre zu hoch. Unsere Gegenargumente sind: Andere Städte können das und bei Inanspruchnahme von Tageseltern kann ein Zuschuss aufgrund nicht zu hohen Einkommens problemlos beim Landratsamt beantragt werden.

Was sagte die SPD Fraktion in den letzten Jahren?

-Es wurden in den letzten Jahren viele Baugebiete ausgewiesen bzw sind geplant. Es ist ein Unding, wenn in einem neuen Baugebiet erst zum Schluss der Kinderspielplatz angelegt wird.

-Wir haben darauf hingewiesen, dass die Schulkapazitäten in Schelmenholz und Hungerberg nicht ausreichend sein könnten und entsprechende Untersuchung eingefordert.

-Die SPD Fraktion hat sich in den letzten Jahren stark gemacht für die Kleinsporthallen für die Grundschulen in Schelmenholz und im Hungerberg

-Die SPD Fraktion hat bei der Raumplanung immer eine gewisse Großzügigkeit gefordert. Bspw. In Schelmenholz anstatt 2,5 eher 3 zügig zu planen. Wir standen einsam und verlassen da.

Es gibt ab 2026 einen Rechtsanspruch der Eltern auf einen Ganztagsschulplatz bei Grundschulen. Das bedeutet Mensa und Aufenthaltsräume. Der Bau dieser ist mit erheblichen Kosten verbunden. Die Stadt kann das – Stand heute - nicht leisten.

Wir bauen Druck gegenüber der Verwaltung auf, bei Bund und Land eine 1:1 Finanzierung für Investition und Betrieb der Mensen zu erreichen.

Zur Verdeutlichung unserer Haltung: Der Bund hat einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab 3 Jahre eingeführt. Die Stadt Winnenden hat in den letzten Jahren erheblich investiert. Der Betrieb der Kindertagesstätten belastet den Ergebnishaushalt aktuell mit ca. 7 Mio € pro Jahr. Wenn die Stadt diese Belastung nicht tragen müsste, weil Bund / Land eine 1:1 Finanzierung gewähren würden, wäre man mancher Sorgen enthoben. Im Umkehrschluss bedeutet das, eine weitere solche Belastung ist nicht hinnehmbar.

## **Moderne, barrierefreie VHS**

**Wir brauchen Weiterbildung und politische Bildung - Wir brauchen gesellschaftliche Integration und kulturelle Begegnung - Die VHS ist dafür ein guter Ort und braucht einen zentralen Ort in der Stadt - Keine Lippenbekenntnisse sondern aktive Unterstützung für die VHS!**

Dieses Thema ist ein Paradebeispiel, wie Sonntagsreden und tatsächliches Tun in Winnenden auseinanderklaffen können.

Wir leben im ständigen Wandel. Die Erneuerungszyklen werden immer kürzer. Das Schulwissen wird immer unbedeutender. Das gegenwärtige Wissen immer wichtiger. Lebenslanges Lernen wird eingefordert. Dann sollte es aber auch Orte geben, die dieses anbieten. Ein dafür sehr wichtiger Ort ist die Volkshochschule.

Die SPD Fraktion setzt sich seit Jahren für eine moderne und barrierefreie VHS ein. Wir sahen / sehen die VHS am Kronenplatz. Die SPD Fraktion hat gefordert, mit der Investorengruppe Gespräche zu führen, zu welchen Bedingungen VHS Räume angemietet bzw erworben werden könnten. Verwaltung und die Mehrheit des Gemeinderates haben unsere immer wieder vorgetragenen Anträge abgelehnt. Eine Antwort auf die Frage, wo die neue VHS einmal stehen soll, gibt es bis dato nicht.

Einschub: Unsere Stadtvision von Bildung, Kultur und Sport und damit offene Begegnungen aller Art, ist die Achse: Bahnhof - Kronenplatz – Marktstraße - Alte Kelter / BZ I - Hermann Schwab Halle / BZ II - Wunnebad / Sportzentrum.

## **Ausreichender bezahlbarer Wohnraum**

**Für Junge Menschen die sich verselbständigen und ein eigenes Leben aufbauen wollen - Für Familien mit Kindern die ausreichend Wohnraum und Freiflächen benötigen - Für Senioren die sich für eine Verkleinerung ihrer Wohnverhältnisse entscheiden oder für betreutes Wohnen - Für Menschen die in Not geraten sind - Für Mitarbeiter in systemrelevanten Berufen - Der**

**Eigenbetrieb Stadtbau ist wichtiges Instrument zur Erfüllung dieser Forderung  
- Ein im Eigentum befindliches Grundstück der Stadt sollte nicht ohne Prüfung  
an einen privaten Investor verkauft werden**

Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. Das Menschenrecht auf Wohnen ist Teil des Rechts auf einen angemessenen Lebensstandard, wie es in Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (UN-Sozialpakt) verbrieft ist. Wohnen ist eine soziale Frage.

Die Fakten sind

- In Winnenden und zwar in allen Teilorten, stehen eine Unzahl von Häuser und Wohnungen leer.
- In den letzten 10 Jahren wurden viele neue Baugebiete in Winnenden, wie Gerberstraße, Wöhrle-Areal, Adelsbach I geschaffen. Dennoch ist die Warteliste nach bezahlbaren Miet-Wohnungen nicht kürzer, sondern eher länger geworden und die Mieten haben eine eigentlich nicht mehr bezahlbare Höhe erreicht.
- Reinen Mietwohnungsbau in Winnenden machen derzeit nur noch der Eigenbetrieb Stadtbau, die BGW, die Kreisbau ( Eigentümer Rems-Murr Kreis ) und die gemeinnützige Wohnbaugesellschaft Stuttgart

Unsere Vorstellungen

- Nicht jeder kann und möchte in einem Tiny-House wohnen. Nicht jeder möchte alleine in einem großen Haus wohnen. M.a.W: Es gibt beim Wohnen sehr unterschiedliche persönliche Vorstellungen. Die Vorstellungen sind u.a. auch abhängig von der aktuellen persönlichen Lebenssituation. Eine Familie mit Kindern wünscht sich viel Wohnraum und Freifläche. Ein Senior wünscht sich betreutes Wohnen. Unsere Schlussfolgerungen daraus sind: Der Wohnungsmarkt muss flexibler, der jeweiligen Lebenssituation angepasst, werden. Es reicht nicht an einer Stellschraube, wie bspw. Neue Baugebiete zu drehen, sondern es muss gleichzeitig an mehreren, eigentlich an allen verfügbaren Stellschrauben gearbeitet werden.
- Winnenden hat u.E. großen Bedarf an barrierefreien Stadtwohnungen. Die Bebauung des Kronenplatzes bietet die Chance dafür.
- Wir fordern den Versuch eines Programms „Ich ziehe in eine barrierefreie, seniorengerechte Wohnung und stelle hierfür mein Haus / meine große Wohnung der Stadt zur Vermietung zur Verfügung“.

- Mehr Engagement bei dem Bemühen privaten Wohnraum an zu mieten. Die Anmietkonditionen sind zu überdenken. Wir verweisen auf das Karlsruher Modell. Hier spricht man aktiv die Eigentümerinnen an. Man gibt fallweise Zuschüsse. Im Gegenzug erhält die Stadt ein langjähriges Belegungsrecht.
- Befristetes Aufstellen eines Tiny Hauses im großen Garten entweder zur Unterbringung einer zu betreuenden oder einer pflegenden Person.
- Prüfung der Möglichkeiten eines Winnender BürgerInnen - Investitionsfonds. Wie könnte das aussehen, wenn Winnender BürgerInnen die Möglichkeit geboten wird, ihr Geld lokal vor Ort in einen Immobilienanteil zu investieren, ohne gleich selbst das Management übernehmen zu müssen.
- Förderung generationenübergreifendes Wohnen, Förderung von Wohngemeinschaften für Jung, für Menschen mit Handicap, für SeniorenInnen

Kaufen oder leasen? Es gibt EigentümerInnen, die wollen ihre Grundstücke, obwohl sie nicht benötigt werden, im Bestand behalten. Warum in einem solchen Fall nicht Erbpacht ins Gespräch bringen? Es gibt Menschen, die eigene vier Wände als Sicherheit brauchen. Warum nicht alternativ ein lebenslanges Wohnrecht anbieten?

Mitarbeiterwohnungen und Dienstwohnungen? Der Fachkräftemangel ist akut. Ein gewichtiges Argument zur Gewinnung ist das Anbieten-Können einer Wohnung. Die Stadt sollte im Rahmen ihrer Möglichkeit, Firmen Grundstücke im Erbbaurecht andienen zum Bau von Betriebswohnungen.

Unsere Grundüberzeugung:

Wir brauchen private Investoren und Bauträger im Immobilienmarkt. Diese haben – das sollten langsam die anderen politischen Entscheidungsträger angesichts der in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen auch zur Kenntnis nehmen – eine andere Zielgruppe. Die Menschen mit nicht so vollem Geldbeutel fallen durch. Diese Menschen brauchen auch ein Dach über den Kopf. Der Eigenbetrieb Stadtbau muss weiter kommunale Wohnungen bauen.

Grund und Boden ist nicht vermehrbar, auch nicht für Investoren. Das bedeutet für uns als SPD, ein im Eigentum der Stadt Winnenden befindliches Grundstück wird nicht einfach so an einen privaten Investor verkauft.

Die Meinung der SPD Fraktion ist:

-Die FDP bekämpft vehement die Weiterentwicklung der Stadtbau Winnenden. Wir haben den Eindruck, die Realität des aktuellen Wohnungsmarktes will man nicht zur Kenntnis nehmen.

-Die SPD Fraktion war nicht unerheblich daran beteiligt, dass das Planen + Bauen Projekt Erweiterung Körnle mit 50 bezahlbaren Wohnungen und Kindergarten realisiert wird

-im Adelsbach gibt es ein städtisches Grundstück. Die SPD Fraktion fordert seit langem die Überplanung des Grundstücks mit bezahlbarem Wohnraum. Die Stadt sieht sich seit 2 Jahren dazu nicht in der Lage, weil andere dringlichere Aufgaben anstehen würden.

-Bereits vor Jahren haben wir den Bau von Dienstwohnungen angeregt. Verwaltung und Mehrheit des Gemeinderates haben damals abgewunken.

## **Erlebbar attraktive Innenstadt**

**Wir stehen für eine barrierefreie, für jung und alt erlebbare Innenstadt -  
Wir stehen für eine Weiterentwicklung der Innenstadt, um sich zu begegnen,  
die Gastronomie zu Genießen, Kunst und Kultur in der Stadt zu erleben -  
Begegnungsplätze für jedes Alter schaffen - Leerstände nutzen für  
Kunstaustellungen - Im Hinblick auf den Klimawandel befürworten wir  
Beschattungen und Begrünungen an den Plätzen und Bushaltestellen -  
Unterstützung des Einzelhandels**

Die Innenstädte befinden sich im Wandel. Die Digitalisierung wird vorangetrieben. Die Konsequenzen sind Homeoffice und Online-Handel. Die Innenstadt bleibt gefragt für Events, für Zum- Sich-Treffen und immer weniger um Besorgungen zu machen.

Wandel ist nicht aufzuhalten. Wandel birgt Risiken. Wandel birgt auch Chancen.

Wir sehen folgende Notwendigkeiten:

- Keine Schmutzdecke in der Innenstadt. Hohe Sauberkeit. Kein Vandalismus.
- Ansprechendes Flair mit hoher Aufenthaltsqualität und guter Gastronomie
- Wohnen und Arbeiten als Cluster.
- Seniorengerechte Wohnungen
- Toilette für alle

- Aktives Angehen von Leerständen, Kunstausstellung anstelle von zugeklebten Schaufenstern
- Verknüpfung des Handels mit Dienstleistung

Das Experiment Stattstrand zeigt, dass solche Ideen in Winnenden durchaus angenommen werden. Wir sind weiteren solchen Event-Ideen, die die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt erhöhen, aufgeschlossen.

Der Hit für Kinder sind – so haben wir uns sagen lassen - schwimmende Fische im Marktbrunnen. Der Bauhof / Stadtgärtnerei kann das nicht leisten. Es wäre wünschenswert, wenn es in Zusammenarbeit mit einer Privatinitiative dieses Highlight für Kinder wieder geben würde.

Die Klimaanalyse hat aufgezeigt, dass die Innenstadt bei hohen Temperaturen der Hotspot ist. Es sind schattenspendende Maßnahmen von Nöten.

Wir denken an

- Sonnenschirme bzw Segel an diversen Plätzen, Beschattung von Bushaltestellen
- Mehr Grün in der Stadt durch Bäume und Fassadenbegrünung.  
Wir würden sehr begrüßen, wenn ein Versuch bezüglich Fassadenbegrünung bei einem städtischen Gebäude angedacht werden würde. Wir können uns ein teilweise begrüntes Rathaus Richtung Santa Domingo Platz durchaus vorstellen.
- Öffentliche Trinkbrunnen. Die Forderung ist sehr populär. Wir teilen sie nicht unbedingt. Es gibt ausreichend Geschäfte in der Innenstadt bei denen man was zum Trinken kaufen kann, falls man selbst nicht dran gedacht hat.

Was sagte die SPD Fraktion

- Wir unterstützen seit Jahren fast alle Vorschläge und Aktivitäten, die die Attraktivität der Winnender Innenstadt erhalten und verbessern
- Wir weisen bei jeder passenden Gelegenheit darauf hin, dass die Winnender Geschäfte Umsatz benötigen. Für diesen Umsatz zu sorgen, sind die VerbraucherInnen gefragt. Bleib und werde Lokalheld !
- Wir haben nicht unwesentlich mit dazu beigetragen, dass die Marktstraße gehfreundlich geworden ist. Die Finanzen haben es bislang nicht zugelassen, die Schlosstrasse, Santa Domingo Platz und Mühltorstraße anzugehen



## **Freie Begegnungsmöglichkeiten, indoor wie Outdoor**

### **Keine 08/15 Spielplätze - Mehr und Allwetter Bolzplätze - Offene, moderne Gemeinschaftsräume**

Menschen, jung wie alt, brauchen die persönliche Begegnung. Das hat uns die Corona Pandemie schmerzlich vor Augen geführt.

Wir brauchen

- Abwechslungsreiche Spielplätze
- Ordentlich ausgestattete Bolzplätze
- Freie Grillplätze für Familien und junge Menschen.  
Begründung: Die Grillplätze im Wald können guten Gewissens angesichts des Klimawandels nicht mehr angeboten werden.
- Quartierräume / Freie Multifunktionale Räume

Erlebnisaue Buchenbach: Das Vorhaben wurde aufgrund nicht ausreichender Planung und nicht vorhandenen Finanzmittel seitens Verwaltung und Mehrheit des Gemeinderat vorerst zurückgestellt.

Langfristig sehen wir hier einen Erlebnis- und Freizeitbereich mit grünem Klassenzimmer, Aktivspielplatz verbunden mit Mineralfreibad und Reiterverein. Über eine dort angesiedelte Außengastronomie ( = Kiosk Mineralfreibad ) würden sich viele freuen, wie Badegäste, SpielplatzbesucherInnen, Fahrradfahrerinnen.

Die SPD Fraktion war bislang so unterwegs:

- Die Einschränkung des Hungerberg Bolzplatzes mit Containern hat zu einem „Aufstand“ geführt. Die dann gefundene Kompromisslösung haben wir mitgetragen
- Baugebiet Adelsbach: Es ist ein Unding, ein neues Baugebiet aufzumachen und erst dann, nachdem die Häuser und Gebäude stehen, mit der soziale Infrastruktur mit Kinderhaus und Spielplatz nach zu ziehen. Wir haben das als nicht sehr professionell bezeichnet.
- Wir haben im Erweiterungsgebiet Körnle einen Quartierraum gefordert. Das wurde zuerst abgelehnt. Im Zuge der Diskussion wurde eine bessere Lösung gefunden. Es werden adäquate Räumlichkeiten im Steinhäusle angemietet.
- Wir meinen, Allwetterplätze sollten dann, wenn sie von Schule und Verein, nicht belegt sind, den Jugendlichen zum Spielen zur Verfügung stehen. Es

besteht die Sorge, dass der Platz danach vermüllt oder beschädigt ist. In anderen Gemeinden bekommen das die Jugendlichen auch hin. Dann schaffen das die WinnenderInnen doch auch.

-Wir haben die angedachte Landesgartenschau abgelehnt. Begründung: Die Nachhaltigkeit ist nicht gegeben. Das Kosten- Nutzenverhältnis ist ungünstig. Andere Projekte, wie bspw. Modernisierung Hermann Schwab Halle sind dringlicher.

## **Nachhaltiger Mobilitätsmix - Ruhender Verkehr**

### **1. Verkehr und Parken neu denken:**

- Ausgewogene Lösungen für Fußgänger, Fahrradfahrer, ÖPNV und Autofahrer
- Verkehrsberuhigung am Kronenplatz mit Vorrang für Fußgänger
- Bessere und sichere Anbindung der Fahrradfahrer in die Innenstadt und zum Bahnhof

### **2. Parkraummanagement und -konzept:**

- Ganzheitliches Parkkonzept für Langzeitparker und kurzfristiges Halten
- Mehr Behinderten-Parkplätze in der Innenstadt
- Prüfung der Möglichkeit eines Bürgerbusses für optimale ÖPNV-Anbindung

### **3. Ruhender Verkehr regulieren:**

- Notwendigkeit der Regulierung des ruhenden Verkehrs erkennen
- Offen für alternative Ideen statt Anwohnerparkausweise
- Kritik an weiteren Parkhaus-Bauten und Priorisierung von dezentralen Lösungen

### **4. Haushaltskonsolidierung und Parkgebühren:**

- Einsatz für ein flächendeckendes Parkleitsystem
- Veränderung des Winnender Modells für kostenlose Parkzeit

Das Auto ist und bleibt das Fortbewegungsmittel. Das wird auf sehr lange Zeit in Winnenden auch noch so bleiben. Der Anspruch, man findet zu jeder Zeit und an jedem Ort einen geeigneten Parkplatz ist realitätsfern.

Ein jeder von uns ist Fußgänger, Fahrradfahrer, Busteilnehmer, Fluggast und auch Autofahrer. Je nachdem in welcher Rolle wir gerade unterwegs sind, wollen wir die optimale Vorfahrt. Das wird nicht so.

Wir haben eine große autofreie Innenstadt. Das ist u.E. ausreichend. Den Kronenplatz sehen wir verkehrsberuhigt. Das bedeutet: Die FußgängerInnen haben Vorfahrt. Das Auto muss sich gedulden.

Wir wollen

- eine bessere und sichere Anbindung der FahrradfahrerInnen in die Innenstadt und hin zum Bahnhof.

Die Straßenbreiten können nicht ohne weiteres verbreitert werden. Das bedeutet, es gibt Zielkonflikte zwischen Breite Gehweg, Breite Fahrradweg und Abstand zum Auto, Anzahl Autostreifen sowie Ruhender Verkehr. Es ist u.E pro Straße / Quartier ein Kompromiss zu finden und zwar so, dass dann pro Innenstadtsegment ein stimmiges Konzept entsteht.

- ein Parkkonzept für längeres Parken wie auch für kurzfristiges Halten.

- Menschen mit Handicap muss die Möglichkeit eröffnet werden, bis vor die Eingangstür der Arztpraxis zu fahren. Die Innenstadt verträgt mehr ausgewiesene Behinderten-Parkplätze. Die Innenstadt verträgt mehr ausgewiesene Parkplätze für Menschen mit vorübergehender körperlicher Einschränkung. Vorübergehende Bescheinigung erteilt das Amts für öffentliche Ordnung

- dass die Stadt die Möglichkeit eines Bürgerbusses prüft. Manche Teilorte sind mit dem ÖPNV noch nicht optimal verbunden

- Wir sehen leider die Notwendigkeit den ruhenden Verkehr regulieren zu müssen. Eine Möglichkeit sind sogenannte Anwohnerparkausweise. Wir wollen das eigentlich nicht. Wir sind offen für bessere Idee.

Das Auto steht auf der Straße. Die Garage ist voll anderer nützlicher Dinge. Fakt ist: Die Straßenfläche ist nicht Privateigentum sondern öffentliches Eigentum. Fakt ist weiter: Eigentlich überall auf der Gemarkung Winnenden gibt es keine frei durchzufahrenden Straßen mehr. Car-hopping ist angesagt, selbst auf Hauptstraßen.

Die SPD Fraktion war bislang wie folgt unterwegs

- Wir fordern seit Jahren ein Parkraumkonzept für die Innenstadt. Die Stadt hat noch nicht geliefert. Hintergrund dieser Forderung ist die Idee, die Langzeitparker aus der Innenstadt herauszuparken.
- Die Verwaltung und eine große Mehrheit des Gemeinderates beabsichtigen den Bau von weiteren Parkhäusern. Das ist kontraproduktiv. Es geht nicht alles: Parkhäuser, ÖPNV, Fahrradwege. Es ist zu priorisieren.
- Wir haben ein Parkleitkonzept beantragt. Dieser Antrag fand Zustimmung. Die Untersuchung kam zum Ergebnis, dass ein solches flächendeckendes Parkleitsystem für die Innenstadt ca. 1.5 Mio € ( Stand 2020 ) kostet. Angesichts dieser Kosten haben wir Abstand genommen und priorisieren dezentrale Lösungen, siehe bspw. Parkhaus Wiesenstr., Parkplatz Holzmarkt
- Wir haben einen Antrag auf Erhöhung des Stellplatzschlüssels gestellt. Die Verwaltung hat dargelegt, dass dies nicht ausschließlich für neue Baugebiete vorgesehen werden könne, sondern flächendeckend über ganz Winnenden gemacht werden müsse. Der Antrag fand dann keine Mehrheit
- Winnender Modell bedeutet 120 Minuten kostenloses Parken in der Innenstadt. Wir haben mehrmals den Anlauf gestartet, Parkgebühren nach diesen 120 Minuten zu erheben. Wir sind immer wieder krachend gescheitert. Im Rahmen der aktuellen Runde der Haushaltskonsolidierung haben wir unseren Vorschlag im Rahmen der Haushaltsplanberatung erneut vorgetragen. Die Verwaltung will untersuchen und damit verschiedene Modelle durchspielen und dann dem Gemeinderat zur Entscheidung vorlegen.

## **Anpassung an den Klimawandel**

- Herstellen von nachhaltigen Überflutungsflächen an den Ortsrändern -**
- Mehr innerstädtische Grünanlagen für ein besseres Klima -**
- Fassadenbegrünung/ Klimaneutrale Gebäude planen und fördern -**
- Nachhaltige Sonnenschutzmassnahmen in besonders betroffenen Freibereichen**

Die Häufigkeit der Extremwettersituationen nimmt zu. Das Risiko von Blackouts ebenfalls. Hitze, Überschwemmungen sind Todbringer.

Es liegt eine Klimauntersuchung vor. Demzufolge ist die Innenstadt bei Hitze am meisten gefährdet. Die Überschwemmungssituation am Buchenbach ist seit vielen Jahren bekannt. Die beteiligten Kommunen, Berglen, Leutenbach und

Winnenden haben sich zur damaligen Zeit nicht einigen können. Das Thema Blackout wurde 2015 und 2021 im Gemeinderat behandelt.

Wir brauchen

- eine Krisen-Konzeption. Krisenkonzeption bedeutet, es ist bestimmt, welche Menschen und welche Gebäude die sogenannten Stützpunkte sind und wer sie betreut. Es ist weiter bekannt, welche Institutionen, wie Krankenhäuser, Pflegeheime autonom auf den Notfall-Modus sich umstellen können. Es ist auch jedem Einzelnen bekannt, welche eigene Vorsorge er für den Krisenfall treffen sollte.

- Überlegungen und dann Konzeption, wie Winnenden sich zur Schwammstadt entwickelt

- ein Mehr an Grün, wie schattenspendende Bäume, auch im Pflanzkübel, wie Fassadenbegrünung

- Sonnenschirme oder Verschattungssegel bei ausgewählten Plätzen, wie bspw. Marktstraße

- Hochwassergefahr Buchenbach. Die vor ca. 15 Jahren erstellte Untersuchung sollte u.E. hinsichtlich weiterer potentielle Überschwemmungsmöglichkeiten überarbeitet werden. Wir sehen die Hertmannsweiler Aue als möglich weitere Überflutungsfläche.

Die SPD Fraktion war wie folgt unterwegs

- Blackout: Wir haken bei dem Thema immer wieder nach. Es ist bislang seitens der Verwaltung angedacht, dass Notstromaggregate über die Stadtwerke Winnenden besorgt werden und dann bei Bedarf über die Feuerwehr verteilt werden. Diese Strategie halten wir für unrealistisch und wir haben das auch entsprechend kommuniziert. Wir mahnen bei jedem Neubauvorhaben ( Kleinturnhalle Hungerbergschule) und bei jeder neuen PV-Anlage ( Altes Rathaus Breuningsweiler) die Planung der Notstromversorgung an. Da stoßen wir nur bedingt auf offene Ohren.

- bei der Vorstellung des Klimagutachtens haben wir die Frage gestellt, welche Konsequenzen man aus den Ergebnissen zu ziehen gedenkt. Als Maßnahme werden u.a. öffentliche Trinkbrunnen angedacht. Welche Kosten damit verbunden sind, wurde bislang noch nicht vorgestellt.

- Schwammstadt. Das Thema hat zwei Dimensionen. Es soll bei normalem Regen Wasser zurückgehalten werden und dann beim Verdunsten Abkühlung

erzeugen. Das bedeutet, die Versiegelung von Flächen darf nicht undurchlässig sein, sondern man benötigt Versickerungsmöglichkeiten und dann auch entsprechendes Wasserspeicherndes Material. (= Schwamm) Entsprechend verlegt wurde dies bereits in der Marktstraße. Bei sehr starkem Regen stehen – auch innerstädtische - Überflutungsmöglichkeiten zur Verfügung.

## **Klimaneutrale Stadtverwaltung und klimaneutrales Winnenden**

**In die Zukunft investieren, Photovoltaik ausbauen an öffentlichen Gebäuden, Klimaneutralität steigern und dabei langfristig sparen - Unterstützung durch Förderprogramm von privaten und gewerblichen Investitionen sowie von Vereinen beim Ausbau von nachhaltigen Technologien zur Energieerzeugung aber auch für Energieeinsparung.**

**Wir setzen uns für den Einsatz aller sinnvollen Energieformen ein, wollen dabei den Dialog mit der Bevölkerung führen und keinen bevormunden.**

**Wir brauchen die Umwelt und die Umwelt braucht uns, dafür müssen wir was tun, und dafür setzen wir uns ein.**

Fakt ist, die Stadtverwaltung hat das Ziel ausgegeben bis 2035 klimaneutral sein zu wollen. Das bedeutet lt. Definition, dass keine  $\text{CO}_2$  Emissionen ausgestoßen werden bzw. dass die noch verbleibenden  $\text{CO}_2$  -Emissionen Kompensation finden. So die Ansage. Besondere Maßnahmen, die darauf abzielen, das ambitionierte Ziel zu erreichen, sind nicht vorgesehen, da aktuell finanziell nicht darstellbar. Wir meinen, dass sollte ehrlich ausgesprochen werden.

Unsere Grundüberlegungen sind

-Im Namen von Klima wird sehr viel gefordert und es tut sich – aus verschiedenen Gründen - leider nicht genügend.

-Die Transformation “Weg von fossilen Energieträgern - Hin zu regenerativen Energieträgern“ muss sozialverträglich erfolgen. MaW. Klimaneutralität muss man sich leisten können oder es muss sich rechnen

-den einzigen, optimalen Energieträger sehen wir jetzt und auch für die überschaubare Zukunft nicht. Unser Rat ist, mit einem Energie-Mix zu arbeiten.

-Der Energieträger Strom ist vielfältig einsetzbar. Die Erzeugung und dann auch Speicherung von Strom ist 1.Priorität

Unsere Vorstellungen sind

- Neue Baugebiete sind klimaneutral zu bauen
- Bestehende städtische Gebäude sind schrittweise mit PVA auszustatten
- Massiver Ausbau von Solaranlagen. Solarstromanlagen rechnen sich. Solarstromanlagen können fast überall angebracht werden: Auf den Dächern, an Balkonen, an Gebäudewänden. Sie werden auch in der Freifläche aufgestellt. Die alleinige Aufstellung in der Freifläche war und ist nicht zeitgemäß. Solaranlagen in der Freifläche und gleichzeitige landwirtschaftliche Nutzung, bspw. beim Ackerbau, beim Weinbau ist die Aufgabe. Wir können uns auch vorstellen, dass Parkplätze, Straßen, Bahnhöfe mit Solaranlagen überdacht werden.
- Wenn wir über Winnenden aus der Vogelperspektive schauen, dann sehen wir ein erhebliches Dachflächenpotential für PVA und Solarthermie. Hier ist Eigeninitiative gefragt.
- Es müssen bezahlbare Speichermöglichkeiten geschaffen werden. Die Wissenschaft setzt auf Wasserstoff. Der Nachweis der Wirtschaftlichkeit ist bei Wasserstoff noch nicht geliefert. Die Konsequenz ist, andere dezentrale Möglichkeiten der Stromspeicherung sind zu prüfen. Es gibt bereits dezentrale Heizzentralen. Es ist dann u.E. nicht verwegen in diesem Zusammenhang auch an dezentrale Stromspeicherung zu denken.
- Mobilisierung von Privatkapital für Stromerzeugungsprojekte
- Einstieg in klimaneutralen ÖPNV, via bspw. E-Busse und Einstieg in den Autonomen Verkehr. Langfristig sehen wir autonom fahrende Kleinbusse auf den Straßen von Winnenden fahren. Auf das autonom selbstfahrende Auto wird man u.E. noch lange warten dürfen.

Die SPD Fraktion war wie folgt unterwegs

- Die Erweiterung des Wunnebads haben wir abgelehnt. Wir haben die Lösung der grundlegenden Modernisierung favorisiert. Ein gewichtiges Argument war, die Stadtwerke sollen lieber das „gesparte Geld“ in Klimainvestitionen stecken.
- Balkonsolaranlagen: Wir sind dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt, diese nicht zu fördern. Die Amortisationszeit liegt aktuell bei 7 Jahren. Das lohnt sich bei einem jeden
- Wärmeplanung. Die SPD Fraktion hat zu diesem Thema zu einer offenen Fraktionssitzung eingeladen. Dezentrale Wärmenetze kommen bei neuen Baugebieten. Winnenden hat ein ausgedehntes Fernwärme- und auch Gasnetz. Die Aufgabe ist, diese Heizzentralen auf klimaneutral umzustellen.

Die Art und Weise der Umstellung ist noch offen. Es wird viel Hoffnung in den Energieträger Wasserstoff gesetzt. Inwieweit diese Hoffnungen sich bewahrheiten werden ist offen. Es ist bekannt, dass der Wirkungsgrad von Wasserstoff bis dato suboptimal ist. Es ist daher auch offen, ob Wasserstoff als Energieträger sich in diesem Bereich wirtschaftlich rechnen wird.

## **Stadtentwicklung**

**Nutzbarkeit von leerstehenden Gebäuden wieder herstellen - Überbauung von bereits versiegelten Flächen mit Wohngebäuden - Nutzung von Restflächen in der Innenstadt für den Bau von Sozialwohnungen - Erschließung von Flächen im Erbpachtverfahren zur genossenschaftlichen Wohnnutzung**

Grund und Boden ist nicht vermehrbar. Mit dem Vorhandenen ist sorgsam umzugehen. Die Interessen von Menschen und die Interessen der Natur sind auszugleichen. Die Menschen brauchen Arbeits- und Wohnfläche, Acker- und Waldflächen sowie Erholungsflächen. Die Natur, Pflanzen und Tiere, brauchen ebenfalls Existenzflächen aber auch Rückzugs- und Renaturierungsflächen.

Unsere Schlussfolgerungen sind:

- Man sollte sich sehr bewusst damit auseinandersetzen, welche Flächen für Industrie, Landwirtschaft und Wohnen für die nachfolgenden Generationen sowie Natur reserviert bleiben sollten
- Flächenverdichtung ist das Gebot der Stunde.
- Bevorzugung kompakter Bauweisen
- Behutsame Weiterentwicklung und damit Überdenken der bis dato geplanten Baugebiete. Alle angedachten Baugebiete werden nicht kommen. Unsere Priorität liegt bei der Weiterentwicklung des Gewerbegebiets Brühl. Hinsichtlich Wohnbaugebiete, wird es am meisten Sinn machen, Stand heute, das Baugebiet Bildstraße in Birkmannsweiler weiter anzugehen.

Verwaltung und Gemeinderat haben 2014 angesichts der Wohnungsnot eine Prioritätenliste „Neue Baugebiete“ aufgelegt. Es sind verschiedene Baugebiete zwischenzeitlich realisiert worden. Trotzdem hat sich die Wohnungssituation nicht entspannt. 2021 haben Verwaltung und Gemeinderat einstimmig die Erschließung weiterer geplanten Baugebiete aufgrund der finanziellen Situation gestreckt. Der freie Immobilienmarkt ist nach Kriegsbeginn Februar 2022



aufgrund von Lieferengpässen, Preissteigerungen und Zinserhöhungen im Grunde zum Erliegen gekommen.

-Die einzelnen Teilorte brauchen Eigenentwicklung. Verdichtete Bauweise ist auch hier in Bezug auf Flächenfraß erstrebenswert. Tiny -Häuser sollten dabei ermöglicht werden. Vorhandene Bebauungspläne sind diesen Vorstellungen anzupassen.

-Kronenplatz: Es wird sich weisen, ob es den Investoren gelingt, dieses Projekt zu stemmen. Die Frist läuft 2025 aus. Wenn die Frist – aus welchen Gründen auch immer - ungenutzt verstreichen sollte, dann werden wir uns „Für ein Zurück auf Los“ einsetzen.

-Hermann Schwab Halle: Die Sanierung der Hermann Schwab Halle steht seit Jahren auf unserer Wunschliste. Das Untersuchungsergebnis wurde vor vielen Jahren dem Gemeinderat vorgestellt. Manche träumen von einem Kongresszentrum Winnenden. Das ist u.E. finanziell nicht darstellbar. Die Hermann Schwab Halle ist städtebaulich gesehen ein Kleinod. Wir stehen für Erhalt und Modernisierung.

-Wir sehen ein Parkhaus beim Sportzentrum. Dieses Parkhaus ist tagsüber für Innenstadt Dauerparker und abends für Besucher des Sportzentrums. Für Dauerparker sehen wir visionär einen autonomen Kleinbusverkehr von Parkhaus in die Innenstadt

-Weiterentwicklung Sportzentrum: Der SV hat ein Vereinszentrum gebaut. Das Wunnebad wird erweitert und attraktiviert. Das Lessing Gymnasium wird saniert. Nach Abschluss dieser Vorhaben und nach nicht mehr Notwendig-Sein von Flüchtlingscontainern in diesem Bereich können wir uns eine Weiterentwicklung mit einer Outdoor-Halle vorstellen.

Wie verhielt sich die SPD Fraktion bei diesem Thema?

-Die IBA 2027 / Untere Schray haben wir sehr kritisch begleitet. Wir haben sehr schnell die Planungseuphorie abgelegt und das Vorlegen handfester Fakten gefordert. Wie es weitergehen könnte? Es gibt 2 Szenarien. Szenario 1: Es geschieht ein Wunder, nämlich ein Investor taucht auf, legt die erforderlichen Millionen auf den Tisch und sagt, er entwickelt eigenständig das Gebiet als Ganzes, so wie vorgesehen. Einem Wunder stellen wir uns nicht entgegen. Wir würden dieses Wunder nach den gesammelten Erfahrungen beim Projekt Kronenplatz äußerst kritisch ansehen wollen. Szenario 2: Die IBA ist vorbei. Man beginnt, ergebnisoffen sich Gedanken zu machen, wie man mit dem Gebiet weiter umgeht.



-Die Ausweisung und Bebauung eines Baugebiets ist mit erheblichen Direktkosten und sozialen Folgekosten, für Kindergarten und Schulen, verbunden. In früherer Zeit – so wird gesagt – war das ein sehr profitables Geschäft für Kommunen. Die Zeiten haben sich auch in diesem Bereich u.E. geändert. Wir fordern seit 2 Jahren, dass dem Gemeinderat eine finale Abrechnung eines neuen Baugebietes vorgelegt wird. Zugesagt war diese Abrechnung von Adelsbach I für die Haushaltsplanberatung im November. Diese Zusage wurde nicht eingehalten.

-Die Verwaltung verfolgt die Strategie „Mehr Einwohner - Höhere Zuweisungen – Bessere Finanzen“ Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Von daher widersprechen wir dieser Strategie und setzen uns ein für eine behutsame Ausweisung von weiteren Baugebieten.

Stand 23.1.2024